

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 2

Artikel: Feministischer Blick auf die Finanzpolitik : ein Tagungsbericht
Autor: Geiser, Barbara
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341083>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Feministischer Blick auf die Finanzpolitik

Ein Tagungsbericht

„Frauen zählen: Feministischer Blick auf öffentliche Budgets“ lautete der Titel der 7. Verbandsfrauenkonferenz des VPOD vom 18./19. März 1994 im Casino Luzern.

Barbara Geiser

Dort wurde nicht um Geld gespielt, sondern um eine gerechte Verteilung des Geldes und damit der Macht gerungen.

Das Muster ist bekannt: Frauen handeln eher in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales, während Männer sich um die sogenannte harte Politik, die Finanzen, die Wirtschaft, das Bauen und Planen kümmern. Frauen sind in der Politik unter-, an den Schlüsselstellen der Wirtschaft kaum vertreten. In den Finanzkommissionen nehmen sie oft den Platz der Alibifrau ein. Claire Torracinta-Pache hat als Mitglied der Finanzkommission des Genfer Kantonsparlaments zwar Kolleginnen - der Frauenanteil beträgt 20 Prozent. Dennoch räsontiert sie vor den VPOD-Frauen unter dem Titel „Femmes et hommes publiques: un mariage de raison“ über die Tatsache, dass in den Budgetdebatten immer wieder die Frauen verlieren, wenn ihr Widerstand nicht stark genug ist. Stellen werden vor allem auf Kosten der Frauen abgebaut, Kinderkrippen und Tagesschulen fallen Sparmassnahmen zum Opfer, Gleichstellungsbüros quasi als Luxuseinrichtungen der Hochkonjunktur, werden auf einmal wieder in Frage gestellt. Warum wird die Konkretisierung der verfassungsmässigen Gleichstellung immer wieder verschleppt und verhindert? fragt Tor-

racinta-Pache und findet auch gleich die Antwort: „Weil die faktische Gleichstellung eben etwas kostet“.

Unter dem Druck der steigenden Budgetdefizite droht die Gleichstellungsdebatte weiter ins Abseits gedrängt zu werden, falls sich die Frauen nicht massiv dagegen wehren. Deshalb ist es für die Genfer Grossrätin so wichtig, dass Frauen in allen Parlamenten besser vertreten sind, sie so nicht überhört werden können, mehr Macht haben, sich einmischen und die Finanzpolitik aus der Frauenperspektive prägen. Allerdings - stellt Torracinta-Pache fest - braucht es vor allem linke Frauen.

Wenn Frauen über Wirtschaftspolitik, das heisst konkret über den Staatshaushalt reden, müssen sie nach Ansicht der Basler Ökonomin Mascha Madörin auch immer wieder hinterfragen: Wer bezahlt und wer bekommt? Wer trägt die Konsequenzen von Budgetstreichungen und wer profitiert von Budgeterhöhungen? In welchem Verhältnis steht der Staat zur Wirtschaft? Die Referentin der VPOD-Frauenkonferenz sieht in der aktuellen Debatte zur Privatisierung und zur Staatsverschuldung vor allem eine Umverteilung von arm zu reich und von Frauen zu Männern. Auch in der Schweiz hat sich die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern immer weiter geöffnet. Madörin zeichnet das Bild „Vom Vater Staat zur lästigen Ehefrau“ und vergleicht den Staat mit dem patriarchalen Ehemann, der vergisst, dass seine Ehefrau mit ihrer Hintergrundsar-

beit Co-Produzentin ist und nicht einfach Lebenshaltungskosten verursacht. Unternehmer handeln in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem individualistisch und betriebswirtschaftlich. Aus Geld soll mehr Geld werden. Gesellschaftliche Prozesse sind im bestehenden System kein Ziel, sondern als einfache Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Bildungs- und Gesundheitsausgaben würden wie die Familienausgaben in der traditionellen Ehe nicht als gesamtwirtschaftliche Investition gesehen. Aktuelle Budgetdebatten zeigten deutlich, dass sie nicht den Interessen der Menschen und schon gar nicht der Frauen dienen. Deshalb brauche es neue Denkmuster. Madörin ermuntert die Frauen bzw. die Frauenorganisationen, eine eigenständige Wirtschaftspolitik zu entwickeln und als Voraussetzung dazu aus feministischer Sicht die Frage von Staat und Wirtschaft zu analysieren.

Unter dem Titel „Ökonomie ist Frauensache“ haben die SP-Frauen bereits im Dezember 1993 eine Debatte zur Wirtschaftspolitik aus feministischer Perspektive lanciert. Der Anlass war der Entwurf der SP-Schweiz zu einem Wirtschaftskonzept „Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten“. Das Papier, das der SP-Parteitag im Juni 1994 verabschieden soll, ist ein Baukasten mit vielen sinnvollen Vorschlägen zur aktuellen Politik. Als Arbeitsprogramm für den Parlamentsalltag tut es seinen Zweck. Für die SP-Frauen genügen aber die neuerdings aufgelisteten, im SP-Wirtschaftspapier eher beliebig angefügten Gleichstellungsforderungen nicht. Sichterweiterung ist ihr vorläufiges Ziel. Mittelfristig wollen sie ein Wirtschaftskonzept aus feministischer Sicht vorlegen. Selbstverständlich werden auch die SP-Frauen weiterhin hartnäckig an der Konkretisierung des Verfassungsartikels durch

konsequente Forderungen und kontinuierlichen Protest arbeiten, zum Beispiel gegen die wirtschaftlich unsinnige Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen. Die Bilanz der Gleichstellungspolitik ist allerdings mager: die Mutterschaftsversicherung ist seit über fünfzig Jahren in der Verfassung verankert; der Gesetzesentwurf soll erst dieses Jahr vorgelegt werden. Das Gleichstellungsgesetz - ebenfalls ein Verfassungsauftrag, mit dem wenigstens die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit geregelt würde - kommt nur schwer über die Runden; im Nationalrat wurde der Entwurf des Bundesrates zurückgestutzt. Neben der alltäglichen Knochenarbeit auf dem langen Weg zur Gleichstellung braucht es Visionen einer anderen Wirtschaftspolitik. Das Ziel ist eine differenzierte Grundsatzdebatte mit einer erweiterten, ganzheitlichen, das heisst feministischen Sichtweise. Mit der gründlichen Analyse der spezifischen Situation der Frau im Staatshaushalt, in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem mit entsprechend männlich dominierten Machtverhältnissen, steht die Umverteilung der Arbeit - der bezahlten und der unbezahlten - im Zentrum der Auseinandersetzung. Unter dem Leitmotiv „Ökonomie ist Frauensache“ setzen die SP-Frauen ihre Analysearbeit fort: nach der sehr gut besuchten nationalen Tagung im Dezember, anfangs Jahr in einer internen Klausur der Frauenkommission mit Mascha Madörin und nun im Rahmen der ausserordentlichen Frauenkonferenz im Mai. Gleichsam als Motto für die Weiterarbeit kann der Titel des Referats von Akiko Ries stehen: „Umverteilen, umverteilen, umverteilen... Zeit, Arbeit, Geld“.

Barbara Geiser ist Pädagogin und Frauensekretärin der SP Schweiz.

**Neben der
alltäglichen
Knochenarbeit
auf dem langen
Weg zur
Gleichstellung
braucht es
Visionen einer
anderen
Wirtschaftspolitik**